

kripo.at



**VEREINIGUNG
KRIMINALDIENST
ÖSTERREICH**

MORD

BETRUG

RAUB

VERGEWALTIGUNG

SUCHTMITTEL

PANDEMIE UND KRIMINALITÄT

KRIMINALTAKTIK – NIE GELERNT

Es passt nicht mehr. Die Zusammenarbeit zwischen gewissen Staatsanwälten und der Kriminalpolizei ist gestört. Manche ehrgeizigen Staatsanwälte mischen sich in jeden einzelnen Ermittlungsschritt ein. Wenn es dann Ermittlungsspannen gibt, werden sie den Ermittlern umgehängt.“ So tönt es aus einigen Bereichen der Kripo. Worum das liegt?

Die Antwort, dass sich diese Staatsanwälte an deutschen Fernsehserien orientieren, in denen Staatsanwälte im Außendienst Vernehmungen durchführen und gleich auch Festnahmen machen, greift zu kurz. Meiner Meinung nach ist ein strukturelles Problem die Ursache. Die juristische Seite der Kriminalitätsbekämpfung wird zum einzigen Credo hinaufstilisiert, während die weiteren Ingredienzien negiert werden. Kriminalitätsbekämpfung ist vielschichtig und kann nicht erfolgreich sein, wenn nur ein einziger Punkt, die juristische Seite, als Lösung herangezogen wird. Ziemlich theoretisch dieser Satz, ich werde ihn deshalb mit einem praktischen Beispiel erläutern: Wenn man nur die Inzidenzzahl bei der Corona-Pandemie als die Lösung sieht, die wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen Auswirkungen aber unberücksichtigt lässt, löst man das Problem nicht.

Ähnlich bei der Kriminalitätsbekämpfung. Sie ist eine sehr komplexe Aufgabe, deren Lösung mehrerer Komponenten bedarf: ein passendes Gesetz, eine funktionierende Polizei- und Justizstruktur, personelle und technische Ressourcen, die Zusammenarbeit von Gericht, Staatsanwaltschaft und Polizei, eine allgemeine Strategie und im Einzelfall eine Taktik bei der Vorgangsweise.

Vorweg: in 99% der Fälle klappt die Zusammenarbeit von StA und Kripo reibungslos. Keine Frage, Herr eines strafrechtlichen Verfahrens ist seit 2008 der Staatsanwalt. Die einzelnen Ermittlungsschritte werden aber von der Polizei gesetzt. Mit anderen Worten: der StA ist für die juristische Seite des Verfahrens, die Polizei für die taktische Durchführung verantwortlich.

Zusammenarbeit wäre angesagt, aber hier hakt es seit einiger Zeit und speziell bei einer Staatsanwaltschaft. Obwohl bar jedes kriminalistischen Wissens, ohne jemals etwas über Kriminaltaktik gelernt zu haben, wird versucht, auf jeden Ermittlungsschritt Einfluss zu nehmen – nicht juristisch, sondern durch Aufträge, wann, wo und durch wen kriminalpolizeiliche Aufgaben erfüllt werden sollen. Nur: Aufträge ohne Rücksprache zu erteilen, ist keine Zusammenarbeit. Erledigung von Aufträgen scheint bei manchen Staatsanwälten das Credo zu sein. Andreas Holzer, der neue BK-Chef, sieht hier auch Handlungsbedarf und wünscht sich Kooperation. „Mein Ansatz ist nicht, ein Fragenprogramm für die Staatsanwaltschaft abzuarbeiten, sondern gemeinsam Ermittlungsverfahren zu führen“, so seine Meinung.

Auf Dauer kann es nicht gut gehen, wenn bei der Kriminaltaktik Laien – und das sind Staatsanwälte nun mal – den Alleinvertretungsanspruch stellen. Zum wiederholten Male schreibe ich darüber, dass auch bei der Kriminalpolizei das Wissen um Kriminaltaktik mangels entsprechender Ausbildung immer weniger wird. Im „*Kriminalistischen Institut der Polizeidirektion Wien*“ saßen in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts Juristen und Kriminalisten nebeneinander. Wäre das nicht auch heute eine Lösung für ein besseres gegenseitiges Verstehen?

Richard Benda,
Präsident



ausgabe
02/21

splitter

Nationale und internationale Meldungen 5

top thema

Corona inspiriert Kriminelle 7
Warnen, warnen, warnen! 9
Höhere Klärungsquote,
weniger geklärte Fälle 10

berichte

Organisierte Kriminalität -
eine Erfolgsgeschichte 12
16.425 Polizei-Pensionisten 15

buchtipps

Einspruch - Verschwörungsmythen
und Fake News gekonnt kontern 19
Terrorismusfinanzierung 19

intern

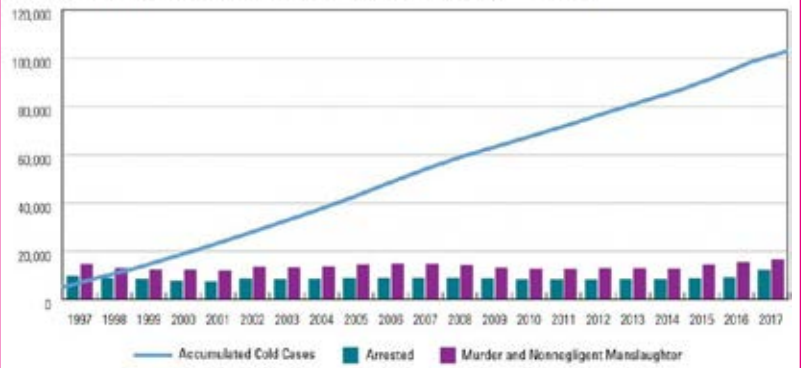
Aus dem Archiv 21
100 Jahre VKÖ - Der Film 21
An Alle Freunde von Mord & Totschlag 22
Wohnung zu vergeben 22
kripo.at-Rätsel 22
Impressum 22

Coverbild: Christian Doneis

washington.

In den USA ist die Mord-Klärungsquote laut FBI seit 1965 von 80% auf 60% gesunken. Etwa 250.000 Tötungsdelikte sind ungeklärt, 100.000 aus den letzten 20 Jahren. Dem „National Institute of Justice“ (NIJ) zufolge dürfte die Zahl noch größer sein, würden Vermisstenfälle berücksichtigt. Das NIJ meint, dass eine Vielzahl Opfer von Serientätern geworden ist. Das NIJ unterstützt die Behörden bei „Cold Cases“ mit Studien und der Finanzierung neuer Ermittlungsmethoden. (Quelle: www.polizei-newsletter.de)

Accumulated Cold Cases, 1997-2017



wien.

Letzter Akt im endlosen bürokratischen Ringen um NS-Kriegsverbrecher Alois Brunner (geboren 1912): „Die verschollene Person wird aufgefordert, sich spätestens bis 31.8.2021 bei diesem Gericht zu melden, widrigenfalls sie für tot erklärt werden kann“, so das BG Döbling (AZ 35T2/20b). Der 1954 nach Syrien geflüchtete Brunner war lange Zeit Österreichs „Most Wanted“, obwohl es laufend Meldungen über seinen Tod gab. Zuletzt hieß es, er sei 2009/10 in Damaskus gestorben (siehe auch: kripo.at 02/17).



paris.

Nicht lange währte kürzlich die Freude der Pariser Polizei über einen zunächst als spektakulär bezeichneten Ermittlungserfolg. Hatte man zunächst via Twitter vermeldet, in Saint-Ouen-sur-Seine, einem Vorort der französischen Hauptstadt, eine Werkstatt zum Verpacken von MDMA gleich samt einer großen Menge der Partydroge im Wert von einer Million Euro ausgehoben zu haben, so kam der Rückschlag nach der Laboranalyse: Es handelte sich um pulverisierte Schaumzuckerbeeren von „Haribo“.

(Quelle: Twitter/@prefpolice)



albany.

Der Bundesstaat New York mit seinen rund 20 Millionen Einwohnern und der gleichnamigen Stadt am Hudson River wird der 15. Bundesstaat der USA, in dem Eigenanbau, Erwerb und Konsum von Marihuana künftig erlaubt sein wird. Der Fiskus erwartet sich einen Milliarden-Markt und so bis zu 350 Millionen Dollar an Steuereinnahmen pro Jahr, soll doch eine Umsatzsteuer von zumindest neun Prozent auf entsprechende Produkte eingeführt werden.

eisenstadt.

Mit erst 54 Jahren ist Generalmajor Gerhard Lang, langjähriger BK-Abteilungsleiter, am 12. Februar völlig unerwartet an einem Herzstillstand gestorben. Lang hatte seine dienstliche Laufbahn in Neusiedl/See begonnen, war stellvertretender Leiter der KA-Burgenland und ab 2001 im Gründungsteam des BK. In Nachrufen wurde er als „Vordenker der modernen Kriminalpolizei“ gewürdigt, der sich vor allem der Problematik in Südosteuropa gewidmet hat. Gerhard Lang hinterlässt Frau und Tochter.



Bild: BMI

#CoronaCrimes

top thema

DIE PANDEMIE TREIBT WELTWEIT VERBRECHERISCHE BLÜTEN:

CORONA INSPIRIERT KRIMINELLE

Corona endet für so manchen mit dem totalen Lockdown – im Häfen. Die Pandemie wird zunehmend zur Seuche krimineller Fantasien. Ob alte Bekannte der Polizei, dilettantische Hobby-Ganoven, Hochstapler oder krude Verschwörungsideologen – jeder auf seine Weise und vor dem Hintergrund einer allgemeinen Verunsicherung.

Peter Niggel, Berlin

Oft sind es scheinbar banale Delikte, die in der Konsequenz auf Kosten von Gesundheit und Leben zum Geschäftsmodell werden. In Berlin-Kreuzberg betreibt beispielsweise – laut Angaben auf seiner Website – ein „Dr. med. Wolfgang Rösner“ seine Arztpraxis. Nach Journalistenrecherchen ist an der angegebenen Adresse keine Ordination und war auch in zurückliegenden Jahrzehnten keine. „Rösner“ lässt Interessierte via Web wissen: „Corona ist kein Monster“. Seine Dienstleistung ist simpel. Leuten, die sich der Maskenpflicht entziehen wollen, bietet er Atteste. Per Internet-Diagnose, versteht sich. Der Twitter-User @danny_mst hat sich dieses Dienstes bedient. Für die Zahlung von 61,50 Euro. Selbst wenn alles korrekt gewesen wäre, hätte die Bescheinigung mit maximal 14,82 Euro in Rechnung gestellt werden dürfen. So wird der Betrüger für seinen Betrug an der Gesellschaft selbst zum Betrogenen. Und „Dr. Rösner“, der unauffindbar ist, lacht sich ins Fäustchen.

VAKZINE IM DARKNET

Noch bevor ein Impfstoff gefunden war, hat Europol vor Betrügern gewarnt. Es bestehe die reale Gefahr, dass Kriminelle

versuchen, die immense Nachfrage auszunutzen, sagte Direktorin Catherine De Bolle. Man hatte schon zu diesem Zeitpunkt konkrete Hinweise, die diese Befürchtungen nährten, wie etwa Verkaufsangebote in sozialen Netzwerken. Wer darauf anspringt, dem werde nach Bezahlung entweder gar nichts geliefert oder er bekomme gefälschten Impfstoff, so De Bolle.

In höchstem Maße klandestin sind die illegalen Geschäfte im Zusammenhang mit dem COVID-19-Impfstoff, die über das sogenannte Darknet abgewickelt werden. Die allgemeine Knappheit des Impferserums ruft dort dubiose Händler auf den Plan. Mitarbeiter des Cyber-Sicherheitsunternehmens Kaspersky haben im Darknet Werbung für die Impfstoffe von Pfizer/BioNTech, AstraZeneca und Moderna gefunden. Die meisten Verkäufer stammten aus Frankreich, Deutschland, Großbritannien und den USA, heißt es. Der Preis pro Dosis schwanke zwischen 165 und 1000 Euro. Die Kommunikation mit diesen Händlern werde über verschlüsselte Messaging-Apps wie „Wickr“ oder „Telegram“ geführt, während die Zahlungen in Form von Kryptowährung erfolgen sollten – insbesondere in „Bitcoin“. Was die Einkäufer

im Darknet tatsächlich erwerben würden, bliebe allerdings unklar, so Kaspersky.

Doch nicht nur Impfstoffe können erworben werden, berichtete die BBC, auch Testzertifikate und Impfpässe aus diversen Ländern werden angeboten. Darunter finden sich für einen Preis von 150 Dollar Zertifikate aus den USA, Spanien, Deutschland, Frankreich und Russland, ergänzte „Der Standard“ und fügte warnend hinzu: „Um sich ein solches Dokument ausstellen zu lassen, muss man den unbekanntem Verkäufern allerdings persönliche Daten wie Vor- und Nachnamen zukommen lassen“. Also Identitätsklau inklusive. Daraus lässt sich auch die Einschätzung ableiten, dass die „Corona-Delikte“ ein Bestandteil der allgemeinen Betrugsriminalität sind.

ARZT WIRD BEDROHT

Im Gemischtwarenladen des kriminellen Business ist also alles zu haben. Entsprechende Bezahlung vorausgesetzt. Betroffen kann jeder werden. Von Menschen, die die Impfung unbedingt und möglichst sofort verlangen, bis zu denen, die sie auf keinen Fall wollen.

Unter jenen, die einer Immunisierung ablehnend gegenüberstehen, finden sich mitunter äußerst militante Vertreter einer

Impfverhinderung. Sie wollen zum Teil mit kriminellen und sogar terroristischen Mitteln verhindern, dass sich ihre Mitmenschen vor einer Erkrankung schützen lassen. Die Impfpfehlungen eines Arztes in Neu-Ulm brachten diesem einen Shitstorm ein. Gegenüber dem „Deutschen Ärzteblatt“ sagte er: „Mir wurde das Abfackeln meiner Praxis angedroht.“

Dass solche Drohungen ernst zu nehmen sind, bewies nicht zuletzt die Rohrbombe, die am 3. März vor dem Corona-Testzentrum im nordholländischen Bovenkarspel explodiert ist. Der Anschlag in der Kleinstadt etwa fünfzig Kilometer nördlich von Amsterdam geschah um 6.55 Uhr morgens. Zu einem Zeitpunkt, als in der medizinischen Einrichtung die Arbeit noch nicht aufgenommen worden war. Es blieb dadurch zum Glück bei Sachschaden. Menschen wurden nur insofern in Mitleidenschaft gezogen, als ihr Impftermin an diesem Tag ausfiel. Es ist nicht das erste Mal, dass Teststandorte in den Niederlanden angegriffen wurden. Während der Unruhen wegen der Ausgangssperre wurde im Jänner eine Teststraße in der niederländischen Provinz Flevoland in Brand gesteckt. Sachbeschädigungen gab es auch in Breda und Hilversum.

POLIZEISCHUTZ FÜR IMPFZENTRUM

Diese Attacken kamen nicht aus heiterem Himmel. Schon im Jänner hatte die deutsche Bundesregierung verlauten lassen, dass sie sich auf mögliche Angriffe auf Impfzentren, Impfstofftransporte



Fragwürdige Impfstoff-Angebote im Internet

oder auch Hersteller von Vakzinen einstellt. „In diesem Zusammenhang sind insbesondere Proteste von Impfgegnern, Corona-Skeptikern und Verschwörungstheoretikern auch an Standorten der Produktionsfirmen, der Impfzentren und der Impfstofflagerstätten einzukalkulieren“, hieß es in einem Schreiben des Gesundheitsministeriums. Mitte März mussten Hundertschaften der Polizei aus mehreren Bundesländern ein gerichtlich verhängtes Verbot dreier Demonstrationen der sogenannten Querdenker-Bewegung durchsetzen. Die Einsatzkräfte brachten mehrere Wasserwerfer in Stellung, um das Impfzentrum auf dem Messegelände in der sächsischen Landeshauptstadt zu schützen.

Die „ideologischen Köpfe“ hinter derartigen Bedrohungen können durchaus

namhaft gemacht werden. In Deutschland besonders exponiert ist der einstige Autor veganer Kochbücher, Attila Hildmann, der sich inzwischen offenbar in die Türkei abgesetzt hat, um sich der Vollstreckung eines Haftbefehls zu entziehen. Hildmann war wiederholt bei Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen mit strafrechtlich relevanten Äußerungen aufgetreten.

LUFTIMPFUNG ALS GESCHÄFTSMODELL

Welchen menschenverachtenden Zynismus auch medizinisches Personal im Kampf um Extraprofite bei Corona-Impfungen an den Tag legt, machen Meldungen deutlich, die sich Ende März auch in der hiesigen Presse niederschlugen. Die Rede war von Windimpfungen. Geschehen bei „Drive-by-Impfung“ in mobilen Impfzentren, wo die Menschen gar nicht aus dem Auto aussteigen müssen und die in Brasilien sehr verbreitet sind. Krankenschwestern oder Impfhelfer haben entweder gar kein Vakzin in der Spritze aufgezogen – oder sie injizieren den Inhalt der Spritze nicht unter die Haut, sondern lassen ihn im Kolben. Der auf diese Art eingesparte Impfstoff lässt sich profitabel schwarz vermarkten.

Solche Vorgänge als Problem ferner Länder abzutun, wäre gefährlich kurz-sichtig. Bei einer Rückkehr zur Reisefreiheit können solche Nichtgeimpfte unwissentlich auch bei uns zu Virenschleudern werden. Corona ist nun mal eine Pandemie und der Kampf dagegen eine globale Aufgabe, auch in polizeilicher Hinsicht.■

kripo.at



Besuchen Sie unsere Website

aktuell
informativ
objektiv
online-zeitschrift
„kripo.at“

WARNEN, WARNEN, WARNEN!

Neben Inter- und Europol warnt auch OLAF, das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung, vor Impfstoffbetrügereien im großen Stil: „Wir hören Berichte von Betrügern, die anbieten, Impfstoffe an Regierungen in der gesamten EU zu verkaufen“, so OLAF-Generaldirektor Ville Itälä. Konkret wurden 100 Millionen Impfdosen von „Astra-Zeneca“ (das sich neuerdings „Vaxzevria Injektionssuspension“ nennt, Anm.) um 14 Milliarden Euro feilgeboten. „Handeln sie schnell“, hat der ominöse Zwischenhändler geraten. Offenbar ist aber noch niemand auf die Angebote eingegangen.

Somit bleibt unklar, ob gefälschte Vakzine oder irgendwie und irgendwo abgezwigte Ware offeriert wird, oder ob es die dreisten Täter auf Vorauszahlungen abgesehen haben, um damit abzutauchen. Itälä stellte fest: „Solche Angebote können nur falsch sein.“ Raimund Podroschko, Vizepräsident der Österreichischen Apothekerkammer, schloss sich dem Appell an: „Bei derartigen Angeboten handelt es sich eindeutig um Fälschungen. Außerhalb der offiziellen Gesundheitseinrichtungen kursieren keine COVID-19-Impfstoffe.“

OLAF hat bereits vor einem Jahr Ermittlungen zu Schwarzhandel mit Schutzartikeln eingeleitet. Dabei konnten mehr als 1.000 Akteure identifiziert und 14 Millionen minderwertige und/oder gefälschte Erzeugnisse (Test Kits, Masken, Desinfektionsmittel usw.) aus dem Verkehr gezogen werden.

Eine ausdrückliche Warnung richten Impfstoffhersteller an große Konzerne, die teils händeringend nach Immunisierungsmöglichkeiten für ihre

Zum Inhaltsverzeichnis

Warnung vor Telefonbetrug







**BETRUGSVERSUCH:
Corona-Schutzimpfung wird
gegen Geld angeboten**

**Die Corona-Schutzimpfung ist IMMER
kostenlos. Wenn eine Vorreihung
gegen Geld angeboten wird - Anruf
beenden! Bereits Geld überwiesen?
Polizei verständigen!**

**Eltern, Großeltern und Angehörige
über Betrugsmasche aufklären und
informieren.**

Schlüsselkräfte suchen. So trat der Kranhersteller Palfinger aus OÖ mit diesem Problem an die Öffentlichkeit – prompt bekam er Angebote für „Restmengen“, die den Bedarf für etwa 250 weltweit tätige Außendienstmitarbeiter abdecken würden. Auch hier gilt: Abseits offizieller Vertriebskanäle ist Vorsicht geboten. Zwar wurden noch keine größeren Fälschungsfälle bekannt, allerdings hat die Staatsanwaltschaft in Peking im Februar bekanntgegeben, dass eine Bande ausgeforscht wurde, die Kochsalzlösung in Ampullen mit gefälschten Etiketten verkauft hätten. Dabei sei es aber „nur“ um 58.000 Dosen um 2,3 Millionen Euro gegangen, hieß es.

Gewarnt wird aber auch an einer anderen Front: Denn „Neffen-Trick“-Betrüger und die Drahtzieher von Schockanrufen haben längst umgesattelt. Statt die „liebe Tante“ am Telefon rasch um Geld für einen Autokauf oder ähnliches zu bitten, geht es nun um dringend benötigten Impfstoff. Oder es wird vorgegaukelt, dass eine lebensrettende Spitalsbehandlung anstehen würde, für die jetzt und sofort bar bezahlt werden müsste. Es sind auch Fälle bekannt geworden, in denen Anrufer Impftermine verkaufen wollen

bzw. für eine versprochene Vorreihung Geld kassieren, wie etwa das Rote Kreuz Schwechat, NÖ, per Facebook warnt.

IN ENGLAND BOOMT „DOGNAPPING“

Weil sich Menschen in der pandemiebedingten Einsamkeit verstärkt Haustieren zuwenden, boomt in England der organisierte Hundediebstahl. Laut dem Verein „Doglost“ sind vor allem Cocker Spaniel, English Springer Spaniel und Jack Russell Terrier heiß begehrt. „Doglost“, Betreiber einer Datenbank für vermisste Hunde, hat im Vorjahr 465 gestohlene Vierbeiner registriert – doppelt so viele wie 2019.

Tierschützern zufolge werden die Rassehunde vor allem zur Zucht verwendet, sozusagen um das Kapital zu vermehren. Im ostenglischen Suffolk hat die Polizei nach einem Hinweis kürzlich mehr als 80 wahrscheinlich gestohlene Hunde gefunden. Laut BBC wissen die Behörden von Banden, die vom Drogengeschäft auf „Dognapping“ umgesattelt hätten.

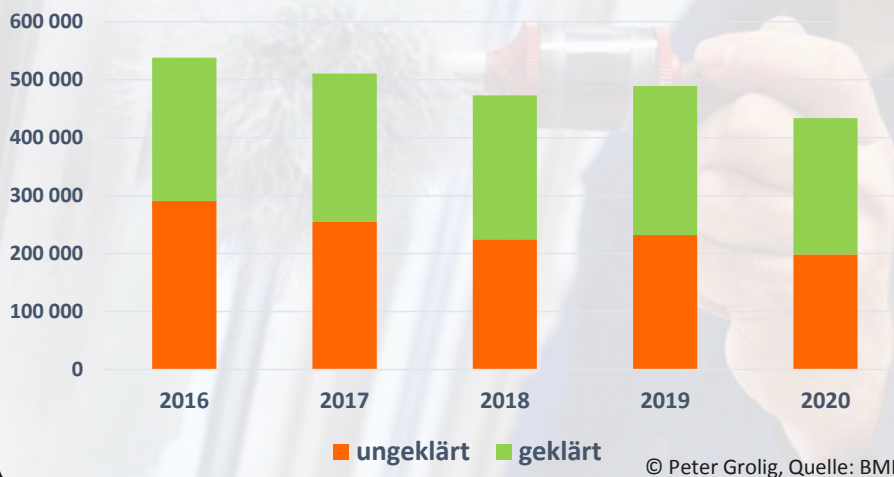
ZAHL DER ANGEZEIGTEN DELIKTE SANK IM „CORONA-JAHR“ 2020 MASSIV:

HÖHERE KLÄRUNGSQUOTE, WENIGER GEKLÄRTE FÄLLE

Die bereits im Vorjahr getroffene Prognose, dass Ausgangsbeschränkungen und geschlossene Grenzen die Kriminalstatistik 2020 beeinflussen werden, hat zuge-
troffen. Die Zahl aller angezeigten Straftaten ist um 11,3 Prozent zurückgegan-
gen – aber nicht in allen Deliktsbereichen.

peter.grolig@kripo.at

Geklärte und ungeklärte Fälle
im Vergleich 2016 bis 2020



Wenn der Corona-Pandemie ein positiver Aspekt abge-
wonnen werden kann, dann
dieser: Die massiven Einschränkungen
der Bewegungsfreiheit haben die Krimi-
nalitätszahlen (erwartungsgemäß) stark
sinken lassen. Im Vergleich 2019 zu 2020

hat die Zahl der angezeigten Straftaten
gleich um mehr als 55.000 (vor allem
im Eigentumsbereich) abgenommen.
433.811 registrierte Delikte bedeuten zu-
gleich den niedrigsten Wert seit Einfüh-
rung der elektronischen Datenerfassung
vor 20 Jahren.

Dass die Klärungsquote auf ansehn-
liche 54,2% gestiegen ist, hat aber einen
leicht bitteren Beigeschmack: absolut ge-
sehen, ist die Zahl der geklärten Strafta-
ten nämlich (deutlich) auf unter 200.000
gesunken (siehe Grafik links). Insider er-
klären das – abgesehen von mathema-
tisch relevanten Faktoren – damit, dass
auch der (kriminal)polizeiliche Betrieb vi-
rusbedingt eingeschränkt war. Zugleich sei
die Menge der erledigten Fälle seit ewiger
Zeit auf demselben Niveau, „weil ein Mehr
schon angesichts der Aktenmenge gar
nicht zu bewältigen ist“, wie ein Krimina-
list meint. Viele Klärungen resultieren nicht
aus klassischen Ermittlungen, sie sind viel-
mehr das Ergebnis penibler Spurensuche
und -auswertung.

11 MORDOPFER WENIGER

Die Zahl der vollendeten Morde ist
nach einem fortwährenden Anstieg in den
Jahren 2014 bis 2019 (von 36 auf 65) im
vergangenen Jahr wieder zurückgegan-
gen: Es wurden 43 Taten mit 54 Opfern
registriert, 31 Frauen und 23 Männer. Bei
fast drei Viertel der Fälle lagen Bekant-
schaftsverhältnisse vor. Es sind aber nicht
31 „Frauen“ Femiziden zum Opfer gefallen.
So beinhaltet die Zahl 31 unter anderem

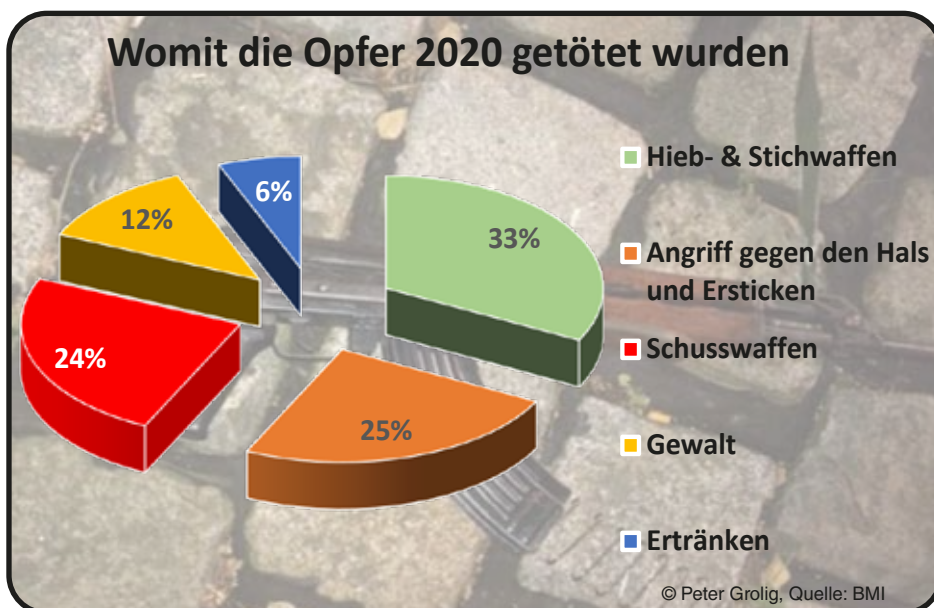
auch ein ertränktes (weibliches) Baby sowie ein genauso getötetes Mädchen (beide von ihren Müttern, Anm.). Außerdem waren zwei Opfer des Terroranschlags im November in Wien weiblich, auch „erweiterte Suizide“ von betagten Ehepaaren (aus Krankheitsgründen) sind in der Bilanz berücksichtigt. Apropos Attentat: Wäre das nicht verübt worden, wäre die Opferzahl noch weiter gesunken (auf 50). Tatmittel waren einmal mehr größtenteils Hieb- und Stichwaffen, gefolgt von Angriffen gegen den Hals (bzw. Ersticken) und Schusswaffen (siehe Grafik rechts).

Stark gestiegen ist 2020 die Internetkriminalität (+26,3 % auf 35.915 Anzeigen), wobei dafür vor allem 18.780 (Bestell-) Betrugsdelikte verantwortlich waren. Das lag wohl auch daran, dass die Geschäfte im realen Leben – im Gegensatz zum digitalen Handel – lange geschlossen hatte. Cybercrime im engeren Sinn hat sich mit 12.914 bekanntgewordenen Fällen in der Bilanz niedergeschlagen. Besonders alarmierend: „Der Online-Kindesmissbrauch hat mit über 1.700 Anzeigen den traurigen Höchststand der letzten zehn Jahre erreicht“, so das Innenministerium.

MEHR SCHLEPPER AKTIV

Trotz – oder wegen? – geschlossener Grenzen wurde 2020 auch ein Anstieg der Schlepperei bzw. des Menschenhandels registriert. Nach Einschätzung der mit der Thematik befassten Experten rund um Brigadier Gerald Tatzgern hat die Pandemie die Schlepperkriminalität befeuert. Zu den bisher bekannten Migrationsgründen sei die Angst vor einer Ansteckung in den medizinisch unterversorgten Herkunftsländern gekommen, was von den Drahtziehern der schmutzigen Geschäfte auch schamlos ausgenutzt wird – in Form höherer Preise. Die Zahl der aufgegriffenen Personen ist im Vorjahr um 12 Prozent auf 21.641 angestiegen, die der gefassten Schlepper von 242 auf 311 angewachsen.

Laut *Lagebericht Schlepperei und Menschenhandel 2020* lag der Schwerpunkt der Aufgriffe ins Land geschleppter



Menschen mit 1.826 im Bezirk Neusiedl/See im Burgenland. Interessanterweise folgt bereits an vierter Stelle der Bezirk Favoriten in Wien (1.301). Damit in Verbindung konnten in Neusiedl 61, in Favoriten 11 Schlepper identifiziert werden.

PREKÄRE BEDINGUNGEN

In puncto Menschenhandel hat die Pandemie dafür gesorgt, dass die prekären

Arbeitsbedingungen von Erntehelfern, Saisonarbeitern sowie im Pflegebereich verstärkt öffentlich wahrgenommen wurden. Dass viele Beschäftigte ob ihrer wirtschaftlichen Zwangslage ausgebeutet werden, liegt auf der Hand. Deutlich gemacht haben die coronabedingten Einschränkungen auch, was ein generelles Prostitutionsverbot in Österreich bringen würde: Da die 671 offiziell bekannten Rotlichtlokale (davon 335 in Wien) mit ihren 5.919 gemeldeten Sexdienstleistern (2.729 in Wien) geschlossen waren, wurden die Tätigkeiten (illegal) in Hotels und Wohnungen verlagert. Das habe die Erkennung beziehungsweise Identifizierung von Opfern des Menschenhandels zusätzlich erschwert, wird im Jahresbericht des Bundeskriminalamtes festgehalten.

85.000 WARTEN

Eine Entspannung der Lage kann Brigadier Tatzgern nicht erkennen: Am Balkan stecken rund 85.000 Menschen fest, deren fixes Ziel die EU ist. Laut Prognose werden sie sich im Laufe des Jahres in Bewegung setzen, spätestens wenn es zu Lockerungen bei den Reisebeschränkungen kommt. „Österreich wird aufgrund der geographischen Lage hierbei eine Hauptlast zu tragen haben“, so die Vorhersage. ■



Brigadier Gerald Tatzgern: „Die Pandemie hat die Schlepperkriminalität befeuert“



berichte



Zum Inhaltsverzeichnis



ORGANISIERTE KRIMINALITÄT – EINE ERFOLGSGESCHICHTE

„Organisierte Kriminelle stellen heute eine größere Gefahr für die Sicherheit in Europa dar, als etwa der Terrorismus“. Mit dieser Aussage ließ Jari Liukku, Leiter der Abteilung schwere und organisierte Kriminalität bei Europol, aufhorchen. Wie konnte es soweit kommen? Wieso hat sich die OK in den letzten Jahren so dynamisiert?

richard.benda@kripo.at

Wie eine Maus beim Anblick einer Schlange erstarrt, so starrt Europa auf den islamistischen Terror. Andere Problemfelder scheinen ausgeblendet. Und genau das kritisiert Liukku: „Der OK wird nicht mit angemessener Aufmerksamkeit begegnet“. Die Zahl der Gewalttaten im Umfeld der OK ist gestiegen. Banden schrecken nicht mehr vor tödlicher Gewalt zurück. Gewalt wird nicht mehr nur von Kriminellen untereinander, sondern auch gegen Mitarbeiter von Strafverfolgungsbehörden, Rechtsanwälte oder Journalisten, die sich weigern, mit Kriminellen zusammen zu arbeiten, ausgeübt. So steht es in einem Bulletin von Europol.

Das Problem gehe aber deutlich über Gewalttaten hinaus, warnte Liukku. „Egal, ob es um Menschenhandel, Drogenhandel,

Korruption, Umweltdelikte, Geldwäsche oder Waffengeschäfte geht: Die Gefahren, die von organisierten Verbrecherbanden ausgehen, sind vielfältig und betreffen die gesamte Gesellschaft“. Liukku forderte die europäischen Polizeibehörden dazu auf, verstärkt zu kooperieren und Informationen untereinander auszutauschen.

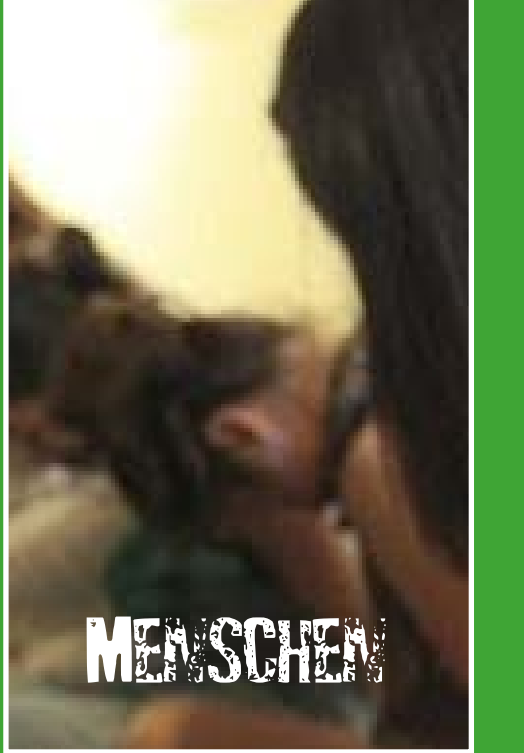
Die OK erlebt eine Blütezeit und hat neue Geschäftsfelder erobert. Die unheilvolle Allianz mit der Cyberkriminalität hat ihre Macht und Ausbreitung beschleunigt.

Die Politik unterschätze das Problem, auch weil das Ausmaß der Organisierten Kriminalität nicht offen sichtbar sei, weiß auch der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Sebastian Fiedler. Mafia-Organisationen und andere

kriminelle Banden hätten eine Art Parallelwirtschaft geschaffen. Wie war das möglich? Nun, Legionen von Polizisten jagen in Europa eine Handvoll Terroristen, während die OK tausende Mit- und Zuarbeiter hat, die nur von wenigen Ermittlern verfolgt werden. Ein Missverhältnis.

Dieses Missverhältnis spiegelt sich auch in den Budgets nieder. Während in die Terror-Abwehr bedenkenlos Millionen gepumpt werden, ist man bei der OK-Bekämpfung, die ja nur ein Teil der Schwerekriminalität ist, eher knausrig. Schlussendlich kann ein Politiker mit Antiterrormaßnahmen in der Bevölkerung punkten, während ein verhindertes Auftragsmord der OK meist nicht einmal das Licht der medialen Öffentlichkeit erreicht – und auch nur schwer als Politikererfolg zu verkaufen ist.

Schon Generaldirektor Michael Sika hat vor 30 Jahren festgestellt, dass OK-Ermittlungen eine andere Art von Beamten braucht als „normale“ Ermittlungen. Ausdauer ist die wichtigste Eigenschaft. Tatsächlich sind die OK-Ermittler erfolgreich, nur ergeben ihre Erfolge meist keine



Schlagzeilen. Wen interessiert es schon, wenn eine Tarnfirma der OK ausgehoben wird? Da bedarf es schon extremer Erfolge. Wie wäre es mit der Entdeckung von Foltergefängnissen der Mafia? Oder 1.000 Festnahmen in Europa? Aushebung von 19 Drogenlaboren in den Niederlanden? In österreichischen Zeitungen ergab das nicht einmal einen Fünfzeiler. Schlagzeilen macht der dumme Jugendliche, der IS-Propagandafilme sammelt und an Freunde verteilt – da haben wir ihn, den Terroristen!

Tatsächlich arbeiten die OK-Ermittler erfolgreich und international vernetzt. So haben französische Kryptografen im Vorjahr einen Coup der Sonderklasse gelandet: sie konnten „EncroChat“ knacken, ein verschlüsseltes Kommunikationsnetzwerk, das bevorzugt von der OK verwendet wurde. Die Entschlüsselung eröffnete Europol ein Tor ins polizeiliche Paradies, denn die Kriminellen haben offen über Straftaten, Mittäter und Verbindungen gesprochen. Die Folge waren etwa 1.000 Festnahmen, vor allem in den Niederlanden, Großbritannien, Schweden und Frankreich. Man kam Rauschgiftgeschäften, Waffen- und Sprengstoffhandel auf die Spur, erlangte aber auch erstmalig Erkenntnisse über noch unbekannte Straftaten. Der Ort von 19 Drogenlaboren wurde festgestellt und, was unglaublich klingt, auch von Foltergefängnissen in Containern. Allein das deutsche BKA erhielt über 100.000 Chat-Protokolle.

OK AUCH IN ÖSTERREICH UNTERSCHÄTZT

Das Unterschätzen der OK hat auch in Österreich Tradition. Legendär der Satz des (ehemaligen) Wiener Polizeipräsidenten Karl Reidinger anlässlich einer Tagung des KSÖ im Jahre 1991: „Organisierte Kriminalität - gibt es bei uns in Österreich nicht“.

Es war dem damaligen Generaldirektor Mag. Michael Sika (1991-1999) zu danken, dass er vorausschauender dachte und der OK Zukunftspotential voraussagte. Bereits in den 1970er Jahren, damals noch kleiner Polizeijurist, ortete Sika OK in Österreich, als Einbruchsgut aus Österreich in Italien gefunden wurde. Die 90er Jahre mit einer OK-Welle sollten seinen Verdacht bestätigen. Er war es auch, der die erste OK-Truppe ins Leben rief, damals noch extern agierend, denn das BK gab es ja noch nicht. „Vater der OK-Bekämpfung“ nennen ihn einige Kriminalbeamten deshalb heute noch.

Die offizielle Linie des BMI blieb aber bei der Nichtexistenz der OK in Österreich. Österreich sei lediglich Ruheraum und Organisationsbasis. Eine Linie, die der damalige Leiter der „Gruppe D – Kriminalpolizei“ im BMI, Josef Dick, bei einer internationalen Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung 1999

als Vertreter Österreichs kundtat. Dick bestätigte aber auch, dass türkische und jugoslawische Gruppierungen erstmals im Drogenhandel auffielen. Sie schienen die neuen Träger der OK zu sein. Die Polizei reagierte mit der Gründung einer Sondereinheit zur Bekämpfung des illegalen Suchtgifthandels. Ein Schritt in die richtige Richtung, aber OK ist nicht alleine Drogenhandel. Dick sah damals auch die Öffnung des Eisernen Vorhangs als Brandbeschleuniger der OK. Mag sein, dass vor mehr als 20 Jahren die Maßnahmen des BMI als genügend angesehen wurden, um Österreich „vor den Bedrohungen durch Organisierte Kriminalität“ geschützt zu sehen. Heute muss man sagen: Falscheinschätzung und zu spät reagiert.

Sika war nicht der Einzige, der gewarnt hat. SB-Chef Max Edelbacher sprach damals von einem Vermögen von etwa 130 Milliarden US Dollar, über das die OK verfügt und von der Gefahr, die die Öffnung des Eisernen Vorhangs nach sich ziehen werde. 1992 gründete er im Sicherheitsbüro eine eigene OK-Gruppe.

Also ganz still sind die warnenden Stimmen aus dem Exekutivbereich nicht geblieben, sie wurden nur nicht gehört. ■

Die Ermittlungen werden voraussichtlich Jahre dauern.

Sicher sind Terroranschläge nicht kleinzureden, aber die OK hat tatsächlich mehr kriminelle Energie, begeht mehr Straftaten und hat ungleich mehr Personal als alle Terrororganisationen in Europa.

Der Fehler, die warnenden Stimmen, die schon vor 30 Jahre überhört wurden, auch heute zu negieren, könnte sich rächen. „Wir müssen gegenüber der organisierten Kriminalität bald die weiße Fahne heißen“, meint ein desillusionierter Insider. Nicht unbedingt, wenn man die warnenden Stimmen ernst nimmt. ■

ZITAT

„Was auch geschehen mag, ihr sollt wissen, dass es immer Menschen geben wird, die sich euch in den Weg stellen, die jeden Morgen aufstehen, um euch das Leben zur Hölle zu machen, eine Hölle wie sie jene Familien erleben, denen ihr einen geliebten Menschen entrissen, die ihr zerstört habt. Was auch geschehen mag, ihr Mörder, man wird euch nicht in Ruhe lassen. Niemals.“

(Gianni Palagonia, Anti-Mafia-Polizist und Buchautor aus Catania)

Willkommen in der **PENSION**



Bild: BMI

berichte

ÖFTER JÜNGER IM RUHESTAND:

16.425 POLIZEI-PENSIONISTEN

Polizisten müssen immer öfter den frühzeitigen Ruhestand antreten, weil sie aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr dienstfähig sind. Auch sonst scheiden Exekutivbedienstete vermehrt und jünger aus dem aktiven Dienst aus. Zugleich steigt laut Statistik die Zahl der Widerstände gegen die Staatsgewalt – und damit die der Verletzten.

peter.grolig@kripo.at

Gerhard H.¹, 57, hätte sehr gerne noch bis zum regulären Pensionsalter weiter gearbeitet. Doch ein Dienstunfall, der eine Erkrankung nach sich gezogen hat, ließ das nicht zu, nicht einmal im Innendienst, mit reduziertem Gehalt. Selbst der gestrenge Chefarzt und die Pensionsversicherungsanstalt waren sich vor nunmehr neun Jahren einig: Vorzeitiger Ruhestand. Ähnlich ist es Karl M., 63, ergangen, dem psychische Probleme als Folge eines traumatischen Erlebnisses im Dienst zu schaffen gemacht haben. Auch er durfte bzw. musste vor mittlerweile acht Jahren seine Kokarde abgeben. Beide haben sich den Abgang in die Pension anders – und vor allem weitaus später – vorgestellt. Stefan S., 59, macht hingegen,

wenn auch nur unter vier Augen, keinen Hehl daraus, dass er „es geschafft hat, sich abzuseilen“, wie er sagt: „Das ist nicht mehr meine Polizei“. Vor vier Jahren ist er laut entsprechenden Attesten (und nach längerem Krankenstand) gesundheitsbedingt in Pension gegangen. Ähnliches plant Kurt G., 55, der der Meinung ist, dass „es keinen Spaß mehr macht“. Sein unmittelbarer Chef wird demnächst 60, sein Antrag auf Ruhestandsversetzung liegt bereits unterschrieben in der Schublade.

GESUNDHEITSRISIKO IST BERUFSSPEZIFISCH

Die genannten Beispiele sind keine Einzelfälle. Laut jüngst präsentier-

Monitoring der Beamtenpensionen für die Jahre 2018/19 sind Exekutivbedienstete (EB) etwas früher in den Ruhestand gewechselt. Das Durchschnittsantrittsalter ist leicht auf 59,7 Jahre gesunken und lag damit unter dem Mittel aller analysierten beamteten Berufsgruppen (62,4 Jahre). Polizisten wird jedoch explizit zugestanden: „Im Exekutivdienst werden höhere Anforderungen an die Arbeitsfähigkeit gestellt. Durch die physischen Belastungen und die wechselnde Arbeitszeit im Außendienst sind diese Beschäftigten stärker gesundheitsgefährdet und belastet. Aufgrund dieser berufsspezifischen Besonderheiten treten Exekutivbeamtinnen und Exekutivbeamte, verglichen mit dem Bundesdurchschnitt, früher die Pension an.“

Dem Monitoring zufolge sind 2018 insgesamt 852 EB in Pension gegangen, 2019 waren es 894, davon der Großteil (625 = 70%) vorzeitig: 3 haben die Korridor-pension in Anspruch genommen, 96 die Langzeitbeamtenregelung genutzt und 526 haben sich auf die Schwerarbeiterregelung

1) Alle Namen geändert

Bild: BMI



2019 lag der Frauenanteil bei 18,5 %

berufen. Dazu kamen noch 230 Ruhestandsversetzungen wegen attestierter Dienstunfähigkeit – ein deutlicher Anstieg gegenüber den zum Vergleich herangezogenen Jahren 2015 und 2018, da waren es 181 bzw. 179. Das durchschnittliche Alter der dienstunfähig in Rente gegangenen EB lag laut Monitoring bei knapp über 55 Jahren, es ist damit gegenüber 2018 minimal angestiegen. Das Ministerium für den öffentlichen Dienst spricht von 16.425 EB, die sich 2019 im Ruhestand befunden haben. Ihr mittleres Bruttojahreseinkommen lag bei 39.370 €. Allerdings müssen – der Statistik zufolge – etwa 25 % der Polizei-Pensionisten mit weniger als 33.951 € im Jahr auskommen.

DURCHSCHNITTSALTER BEI KNAPP 42 JAHREN

Das *Personalbuch des Bundes 2020* weist dem Exekutivdienst 33.418 Bedienstete zu, 3.900 davon sind „administrative Mitarbeiter“. Außerdem mitgezählt wurden 3.208 Justizwachebeamte. Das Durchschnittsalter lag der Analyse nach bei 41,9 Jahren: 38 % werden der Altersgruppe unter 35 Jahren zugeordnet, 28 % sind zwischen 36 und 49 Jahre alt und 34 % zählen zur Generation 50+. Der öffentliche Dienst in Österreich hat insgesamt 356.391 Beschäftigte auf Vollzeitbasis. „Bis 2032 werden rund 48 Prozent des bestehenden Personals aufgrund von



Bild: BMI

Im vergangenen Jahr gab es deutlich mehr Anzeigen wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt

Pensionierungen ausscheiden“, heißt es im Jahrbuch weiter. Das Durchschnittsalter im gesamten Bundesdienst lag im zuletzt betrachteten Zeitraum (Ende 2019, Anm.) bei 45,8 Jahren, in der Privatwirtschaft hingegen bei 38,9 Jahren.

Als „stark steigend“ wird der Frauenanteil bei der Exekutive bezeichnet, der 2019 bei 18,5 Prozent lag. Zum Vergleich: Vor 25 Jahren waren nur 3,9 Prozent der Polizisten weiblich. Geschätzt wird auch, dass der Anteil der Polizisten mit abgeschlossener Matura in den vergangenen Jahren auf etwa 60 Prozent angestiegen ist. Aus der Praxis weiß man, dass darüber hinaus immer öfter Akademiker in den Grundausbildungszentren einrücken. Bei ihnen sei die Wahrscheinlichkeit, dass sie nach wenigen Jahren den Dienst beenden, weil sich berufliche Vorstellungen nicht realisieren lassen, besonders hoch. Das scheint jedoch ein Generationsphänomen zu sein, wie ein Unternehmensberater sagt: Ein völliger Wechsel der Branche sei generell weitaus öfter zu beobachten als früher, sei aber seit Beginn der Corona-Krise angesichts der Lage am Arbeitsmarkt wieder seltener geworden.

WIDERSTANDS-ANZEIGEN STIEGEN 2020 STARK AN

Die eingangs erwähnte stärkere Gesundheitsgefährdung spiegelt sich auch

in Statistiken des Innenministeriums wider: So erleiden Jahr für Jahr etwa 2.000 Polizisten im Dienst Verletzungen, etwa die Hälfte durch Gewalttäter. Vorläufige Zahlen für das Vorjahr legen den Schluss nahe, dass es 2020 – trotz allgemein rückläufiger Kriminalität – zu einem erheblichen Anstieg der Widerstände gegen die Staatsgewalt gekommen ist. Einer parlamentarischen Anfragebeantwortung¹ zufolge, lagen von Jänner bis September 1.856 Anzeigen gemäß § 269 Strafgesetzbuch vor – das sind in drei Quartalen bereits mehr als jeweils in den gesamten Vorjahren. Dabei bzw. bei (vorläufig) 171 „Tätlichen Angriffen auf Beamte“ (§ 270 StGB) wurden (von Jänner bis September) 743 Polizeibeamte verletzt, 52 davon schwer. In den Jahren davor waren jeweils rund 1.000 Fremdverletzte zu beklagen. Die meisten gab es 2020 in Wien (343) gefolgt von NÖ (97) und OÖ (78). In der Bundeshauptstadt wurden auch die meisten Widerstandsanzeigen erstattet, nämlich gegen 582 Tatverdächtige (gegenüber 604 im gesamten Jahr 2019, Anm.). Laut Nationenranking hatten 324 renitente Delinquenten einen rot-weiß-roten Pass, weiters als widerspenstig haben sich 27 Polen und 26 Slowaken erwiesen. ■

1) 4589/J vom 11.02.2021

EINSPRUCH – VERSCHWÖRUNGSMYTHEN UND FAKE NEWS GEKONNT KONTERN

Ja, unsere uniformierten Kollegen hören es ununterbrochen, dass sie nichts anderes als Lakaien dunkler Mächte sind, die die Bevölkerung versklaven wollen. Ja, und auch wir, die Kriminalbeamten, stehen natürlich auf der Gehaltsliste von Bilderbergern, Illuminaten oder Bill Gates. Also ich kriege von niemandem Geld und ich kenne auch keinen Kollegen (und ich kenne viele), die irgendwo auf der Pay-Roll einer geheimen Gesellschaft wären. Also wie antworten, wenn man mit so haarsträubenden Blöðheiten konfrontiert wird?

Profil-Journalistin Ingrid Brodnig verrät es. Ihr 157-Seiten-Buch „Einspruch“ gibt wertvolle Hinweise und erklärt Konterstrategien. Dass „Idiot“ nicht unbedingt der beste Widerspruch auf eine Verschwörungstheorie ist, das weiß man schon. Aber die richtige Entgegnung im richtigen Augenblick zu finden, ist schwierig. Vor allem wenn ein Mensch, der einem nahe steht, plötzlich haarsträubende „Weisheiten“ aus dem Internet als das Credo erachtet, ist es schwierig, den richtigen Ton, die richtige Entgegnung parat zu haben. Wie man eine hitzige Diskussion, die voll von rhetorischen Tricks und psychologischen Fallen ist, meistert – Brodnig kennt die Tipps dazu.

Sie beschreibt, dass Entgegnungen vielfach genau das Gegenteil dessen bewirken, was sie eigentlich sollen. Denn mit Logik alleine lassen sich Fakenews und Verschwörungstheorien nicht ausschalten. Auch wie man in der Masse der Informationen richtig von falsch trennen und tatsächliche Experten von Scharlatanen unterscheiden kann, beschreibt sie.

„Einspruch“ – eine Anleitung für alle, die geschickter diskutieren wollen, denen Fakten wichtig sind und die ihre Argumente auch bei aufgeladenen Themen zur Geltung bringen wollen.

Einspruch

Brandstätter Verlag
ISBN 978-3-7106-0520-8
Ab 20 €



TERRORISMUSFINANZIERUNG

Ursache von Terrorismus ist eine Ideologie, die mit Gewalt Veränderungen herbeiführen will. In zweiter Linie bedarf es Menschen, die bereit sind, diese Ideologie durch Taten zu verwirklichen. Beide Ingredienzien alleine wären aber nicht genug, wenn die Finanzierung nicht sichergestellt ist. Terrorismus kostet Geld.

Die Bereiche Finanzierung von Terrororganisationen und Reisen für Terrorismuszwecke stehen erst seit 9/11 im Fokus der Gesetzgebung. Die Rechtslage in den einzelnen EU-Staaten ist unterschiedlich. Bedingt ist das, weil einige Staaten (wie Deutschland) schon frühzeitig von Terrorismus heimgesucht wurden und andere sich des Themas erst als Folge der internationalen Lage angenommen haben.

Dr. Andrea Lehner, Universitätsassistentin am Institut für Strafrecht und Kriminologie an der Universität Wien, analysierte das Thema wissenschaftlich und verglich österreichische und deutsche Straftatbestände im Lichte europäischen und internationalen Rechts. Während Deutschland schon in den 1970er Jahren mit dem Terror der RAF konfrontiert war und entsprechende Gesetze erlassen hat, wurde Österreich erst 2002 auf das Thema aufmerksam. Erst dann schuf der Gesetzgeber explizite Möglichkeiten zur strafrechtlichen Ahndung terroristischer Aktivitäten. Ein wesentlicher Punkt ist hier die Strafbarkeit der Geldwäsche.

Für heimische Leser ist vor allem das Kapitel „Terrorismusfinanzierung in Österreich“ von Interesse. Hier geht die Autorin von der Ermittlungstätigkeit des BVT und von den Verdachtsmeldungen der Banken aus. Die Meldungen über Terrorismusfinanzierung gem. § 278d StGB beliefen sich von 2006 bis 2008 auf etwa 30 pro Jahr, von 2010 auf 2015 ist diese Zahl auf zirka 80 gestiegen. 2017 wurden sogar schon 200 Fälle registriert. Ernüchternd dagegen die Zahl der Verurteilungen: Seit Einführung des Deliktes bis 2020 waren es nur 13.

Für Fachleute, Politiker und sonst an dem Thema Interessierte bietet das 370-Seiten-Buch eine Fülle von Informationen.

Terrorfinanzierung

Neuer Wissenschaftlicher Verlag
ISBN 978-3-7083-1299-6
68 €



AUS DEM ARCHIV

Werter Kollege!

Die 100-Jahrfeier des Kriminalbeamtenkorps steht vor der Türe und nicht alle Kollegen sind im Besitze eines dunklen oder schwarzen Anzuges.



(Anm.: Der feierliche Festakt fand am 18. April 1952 um 11 Uhr im Großen Saal des Wiener Konzerthauses statt - Veranstalter Innenminister Helmer)

Wir legen aber Wert darauf, daß unsere Kollegen standesgemäß gekleidet sind und haben daher mit einer Bekleidungsfirma folgendes Abkommen getroffen:

Da ab 3. März 1952 eine Neuregelung in der Preiserstellung angerechnet und zu Nettopreisen übergegangen wird (die derzeitigen Preise sind um 6% vermindert angeschrieben) erfolgt nun noch ein Preisnachlaß auf die ab 3. März 1952 angeschriebenen Preise um 3 %.

Die Anschaffungskosten übernimmt die „Vereinigung der Bundeskriminalbeamten Österreichs“ als unverzinsliches Darlehen, so daß jeder Kollege in der Lage ist, ohne besondere Belastung in den Besitz eines Anzuges zu kommen.

Interessenten können sich im Büro der Vereinigung eine entsprechende Anweisung abholen.

Der Vorstand

Zur Information eine „gekürzte Kurzfassung“:

Bereits seit 1850 sah die Organisation der Polizeibehörden vor, daß jede Stadthauptmannschaft neben der Militärwache eine Zivilpolizeiwache erhält, die ihren Dienst in Zivilkleidern versehen soll; als Legitimation gab es eine Plaque zum Vorweisen, die auch auf die Kleidung angesteckt werden konnte.

Die endgültige Aufstellung der Zivilwache erfolgte erst am 20.4.1852 durch einen Erlass des Ministeriums des Inneren. Dieses Datum gilt als Geburtsstunde des Kriminalbeamtenkorps.

Durch die Neuorganisation der Polizei wurde 1869 die k. k. Sicherheitswache aufgestellt. Etwas später kam es zur Planung eines k.k. Detektivinstitutes. Auf Grund Organisationsstatutes v. 1871 wurde aus „Detektiv“ der „k. k. Polizeiagent“: Mit 1.3.1872 nahm das „Institut der k. k. Polizeiagenten in Wien“ die Tätigkeit auf.

1920 wurden aus den Polizeiagenten - Kriminalbeamte.



100 JAHRE VKÖ: TRAILER ZUM FILM

Abgesagt, verschoben, wieder abgesagt...aber weil aufgeschoben bekanntlich nicht aufgehoben ist, wird die große 100-Jahre-VKÖ-Feier, die ursprünglich am 20. November über die Bühne gehen hätte sollen, mit Sicherheit stattfinden. Nur kann derzeit noch niemand sagen, wann das sein wird. Eben weil sie mit Sicherheit stattfinden soll (wir halten sie jedenfalls auf dem Laufenden).

Einen kleinen Vorgeschmack bietet der Trailer des Films, der bei dem Fest gezeigt werden wird. Er ist über unsere Homepage (www.kripo.at) abrufbar. Von „Inframe Vienna“ an stimmigen Schauplätzen wie Kriminal- und Polizeimuseum und dem LKA-Wien und natürlich im Gedenkraum der VKÖ gedreht, führt er durch die bewegte Geschichte der VKÖ in ebenso bewegten Zeiten. Reinschauen lohnt sich!

Szenen aus dem Trailer „100 Jahre VKÖ“





AN ALLE FREUNDE VON MORD & TOTSCHLAG

Aufgrund der Corona-Beschränkungen können wir derzeit keine Veranstaltungen und Seminare abhalten. Wie wäre es aber mit einem Museumsbesuch? Das Wiener Kriminalmuseum (1020 Wien, Große Sperlgasse 24) hat wieder geöffnet.

Öffnungszeiten sind pandemiebedingt:
Samstag, Sonntag und Feiertag von 10 – 17 Uhr.

WOHNUNG ZU VERGEBEN

In einem unserer Häuser, in der Siebenbrunnfeldgasse 14 in Wien-Margareten, ist eine Wohnung frei geworden und steht ab sofort zur Vergabe. Sie ist 115 Quadratmeter groß und in bestem Zustand. Anfragen und nähere Informationen im VKÖ-Sekretariat.

UNSERE KOOPERATIONSPARTNER



MITGLIEDERTREFF

(mit Vorbehalt)

Wien

Jeden 1. Montag im Monat
ab 17.00 Uhr

Gasthaus „d'Landknecht“
Porzellangasse/Ecke Thurngasse,
1090 Wien

Linz

Jeden 1. Dienstag im Monat ab 15.00 Uhr
Polizei-Sportbuffet,
Linz, Derflingerstraße Nr. 5

Wels

jeden 1. Dienstag im Monat
ab 16.00 Uhr im PSV Heim

KRIPO.AT-RÄTSEL

War doch schwierig, die Fragestellung unseres Rätsels der letzten Ausgabe. Die gefragte Betrugsart war der „Rip-Deal“. Natürlich hätten wir auch andersherum fragen können: „Was ist ein Rip-Deal?“ Aber da braucht man nicht lange zu googeln und erhält die Antwort, aber zu leicht wollen wir es auch nicht machen. Leider sind nur wenige richtige Antworten eingegangen, deshalb bekommt jeder Einsender ein Buch aus unserem Fundus.

Unsere neue Frage befasst sich mit einem kriminellen Finanzgenie:

Unter welchen Namen wurde der Gangster bekannt, der als „Suchowlański“ im heutigen Weißrussland geboren wurde?

Euer Rätselonkel

**Antworten an sekretariat@kripo.at.
Einsendeschluss ist der 15. Mai 2021.**

TODESFÄLLE

Josef KEPLINGER

Wien
im 86. Lebensjahr

Franz KRULIK

Wien
im 100. Lebensjahr

SEKTIONSLEITER IN DEN BUNDESLÄNDERN

Burgenland:	Eisenstadt	Norbert Janitsch, burgenland@kripo.at
Kärnten:	Klagenfurt	Derzeit unbesetzt
Niederösterreich:	St. Pölten	Christian Lechner, niederosterreich@kripo.at
Oberösterreich:	Linz	Helmut Kaiser, oberoesterreich@kripo.at
	Wels	Helmut Kaiser, wels@kripo.at
	Steyr	Josef Fuchshuber, steyr@kripo.at
Salzburg:	Salzburg	Karin Linecker, salzburg@kripo.at
Steiermark:	Graz	Karl Strohmeier, steiermark@kripo.at
Tirol:	Tirol	Albert Mandl, tirol@kripo.at
	Innsbruck	Martin Brunner, innsbruck@kripo.at
Vorarlberg:	Bregenz	Norbert Schwendinger, vorarlberg@kripo.at
Wien:	Wien	Roland Wastl, wien@kripo.at



IMPRESSUM

Eigentümer und Herausgeber: Vereinigung Kriminaldienst Österreich
A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, Tel. 050133133
E-Mail: redaktion@kripo.at
Präsident: Richard Benda
Chefredakteur: Peter Grolig
Redaktionssekretariat: Birgit Eder
Gestaltung: Christian Doneis
Mitarbeiter: Helmut Bärtil, Richard Benda, Alexander Heindl,
Prof. Josef W. Lohmann, Otto Scherz, Mag. Johannes Wolf
Redaktionsadresse: Redaktion der kripo.at, A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8,
E-Mail: redaktion@kripo.at. Der Nachdruck von Artikeln ist nur nach Absprache
mit der Redaktion mit Quellenangabe zulässig.



Verleger: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H., A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28.
Anzeigenverwaltung: A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28
Hersteller: DHT Feldkirchen b. Graz, Gmeinerstraße 1-3.
Verlags- und Herstellungsort: A-8073 Feldkirchen b. Graz Verlagspostamt: A-8073 Feldkirchen.
Der Nachdruck von Inseraten, die in diesem Heft erscheinen, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung
des Verlegers gestattet. Bei von Angehörigen des öffentlichen Dienstes verfassten Beiträgen handelt es
sich um deren persönliche Ansicht als Privatperson und nicht um jene der Behörde.
Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:
Medieninhaber: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H.
Grundlegende Richtung: „kripo.at“ ist ein Informationsmedium für Exekutivbeamte und die an Sicherheitsfragen interessierten Bürger. DVR-Zahl: DVR 08885606

